

214 Millionen Übernachtungen im ersten Halbjahr – plus 4 Prozent

Tourismus-Boom: NGG warnt vor „Überstunden-Berg“ im Gastgewerbe

Hamburg, 9. August 2018.

Seit heute (Donnerstag, 9. August) ist es amtlich: Deutschland verzeichnet einen Übernachtungsrekord – der Inlandtourismus boomt. Das geht aus neuen Zahlen des Statistischen Bundesamtes hervor. Doch die Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG) warnt: Diese Top-Bilanz ist hart erarbeitet. Das Gastgewerbe schiebt – nicht ohne Grund – einen „Überstunden-Berg“ vor sich her.

„Ohne die Beschäftigten in Hotels, Pensionen und Gaststätten wäre der Tourismus-Rekord nicht vorstellbar. Doch der Boom bedeutet allzu oft unbezahlte Mehrarbeit“, sagt die NGG-Vorsitzende Michaela Rosenberger. Forderungen nach einer Aufweichung des Arbeitszeitgesetzes oder der Dokumentationspflichten beim Mindestlohn erteilt die Gewerkschaft NGG vor diesem Hintergrund eine klare Absage. Stattdessen solle sich das Gastgewerbe um Fachkräfte kümmern. „Die gewinnt man aber nur mit fairen Löhnen und guten Arbeitsbedingungen“, so Rosenberger.

Laut aktueller Statistik verzeichneten die deutschen Beherbergungsbetriebe im ersten Halbjahr rund 214 Millionen Übernachtungen. Das ist ein Plus von 4 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Rosenberger: „Im Tourismus jagt seit Jahren ein Rekord den nächsten. Urlaub in Deutschland liegt im Trend. Doch wenn Hotels und Pensionen ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern immer mehr Überstunden aufhalsen, dann verprellen sie irgendwann ihr Personal.“

Nach einer Studie der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAuA) leistet jeder dritte Vollzeit-Beschäftigte im Gastgewerbe jede Woche mehr als fünf Überstunden. Die Branche beschäftigt laut Arbeitsagentur bundesweit rund zwei Millionen Menschen – knapp die Hälfte als Minijobber. Strikt abgelehnt hat die NGG-Vorsitzende die Forderung des Deutschen Hotel- und Gaststättenverbandes (Dehoga) die 450-Euro-Grenze für Minijobs anzuheben. „Wir brauchen eine Gleichbehandlung aller Arbeitsverhältnisse, keine weitere Verfestigung des Niedriglohnsektors und vorprogrammierte Altersarmut. Minijobs gehören abgeschafft.“